

Karl-Heinz Meier-Braun<sup>1</sup>

## Stuttgart: Zuwanderung seit 30 Jahren als Chance und Bereicherung

### Die Integrationspolitik der Landeshauptstadt gilt bundesweit als vorbildlich

#### 1. Migrationsgeschichte

*Erster Ausländerbericht der Landeshauptstadt von 1976 richtungsweisend*

„Aus den Wanderarbeitern der Sechziger-Jahre wurden ausländische Dauerarbeitnehmer. De facto ist die Bundesrepublik Deutschland zu einem Einwanderungsland geworden.“ Diese Feststellung stammt nicht etwa aus einem Integrationsbericht aus diesen Tagen, sondern aus einer 400-Seiten starken „Ausländerstudie“ der Stadt Stuttgart aus dem Jahr 1976 (Landeshauptstadt Stuttgart 1976, S. 392, Meier-Braun 1985, S. 10). Bereits vor über 30 Jahren zog die Landeshauptstadt aus dieser Erkenntnis die entsprechenden Konsequenzen in der kommunalen Ausländerpolitik und leitete auf zahlreichen Gebieten wie bei den Kindertagesstätten Maßnahmen ein, die Ausländern und Deutschen zugute kommen sollten. Für gezielte Integrationshilfen gab die Stadt in den 1980er-Jahren jährlich rund 1,1 Millionen Mark aus. Hinzu kamen annähernd 1,7 Millionen Mark Zuschüsse der Stadt an Träger von Maßnahmen im Ausländerbereich. In den Leitlinien zur kommunalen Ausländerpolitik, die der Gemeinderat einstimmig verabschiedete, stand als Eckpfeiler künftiger Maßnahmen: „Ausländische Einwohner sind im Interesse der Erhaltung der Wirtschaftskraft und Lebenskraft der Stadt Stuttgart und aus sozialpolitischen Gründen als dauerhafter Bestandteil der Stuttgarter Bevölkerung anzusehen.“ (Landeshauptstadt Stuttgart, Gemeinderatsdrucksache Nr. 741/1977).

60

*Stuttgarter Gemeinderat verabschiedete 1977 Leitlinien zur kommunalen Ausländerpolitik*

*Ausländerzuwanderung nach Stuttgart begann schon sehr früh*

Die Ausländerbeschäftigung nach dem Zweiten Weltkrieg hat ihre Wurzeln in Stuttgart: Die ersten Arbeitsmigranten, die nach Deutschland geholt wurden, fanden Beschäftigung im Großraum Stuttgart (Meier-Braun 2005, S. 68). Diese 300 italienischen Landarbeiter trafen 1955 im Stuttgarter Hauptbahnhof ein, wo sie von ihren Arbeitgebern in Empfang genommen und in der Landwirtschaft beschäftigt wurden. Auch in Stuttgart fanden viele von ihnen schon bald darauf eine Beschäftigung, beispielsweise in den Ziegeleien. Im Unterschied zu den übrigen Großstädten der Bundesrepublik lag in Stuttgart der Schwerpunkt der Ausländerzuwanderung bereits in den 1960er-Jahren. Schon 1960 lebten 26 000 Ausländer in der Stadt, davon waren 10 000 Italiener. 1970 hatte Stuttgart als erste und einzige deutsche Großstadt einen Ausländeranteil von über 12 Prozent. So scheinen sich in Stuttgart die Einheimischen einfach schon früher an die „ausländischen Mitbürger“ - wie sie damals genannt wurden - gewöhnt zu haben. Von einem „normalen Verhältnis“ zwischen deutschen und ausländischen Einwohnern sprach auch schon damals Dr. Konstantin Karras, langjähriges Mitglied in dem bereits 1983 gewählten Ausländerausschuss des Stuttgarter Gemeinderats.

*1970 war Stuttgart die Großstadt mit dem höchsten Ausländeranteil*

*Zuwanderung kompensierte den Arbeitskräftemangel*

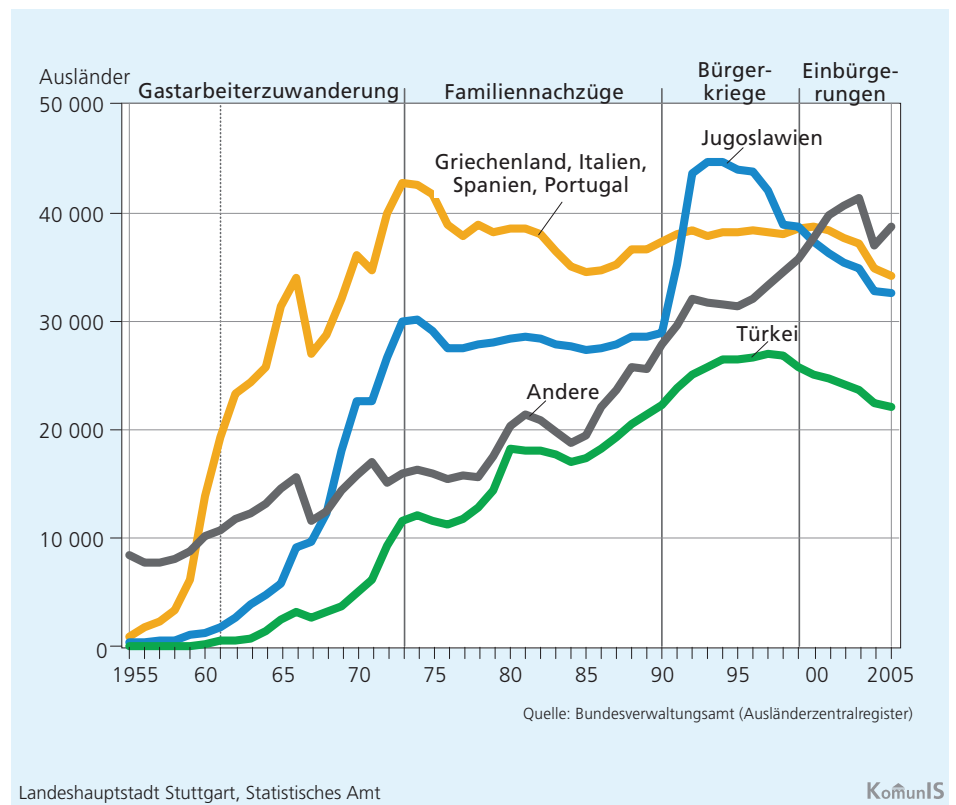
„Ohne ausländische Arbeitnehmer wäre das rasche Wirtschaftswachstum und die starke Erhöhung des Sozialprodukts nicht mehr möglich gewesen“, schreibt die Landeshauptstadt bereits in ihrem Bericht von 1976. Schon damals halfen die ausländischen Einwohner den Bevölkerungsrückgang in Stuttgart, der durch Abwanderung von Deutschen und durch den Geburtenrückgang bestimmt war, auszugleichen.

## 2. Bevölkerungsstruktur

*Nach dem Anwerbestopp blieb die Zahl der Ausländer zehn Jahre konstant*

Stuttgart gehört zu den stärksten Industrieregionen Deutschlands. Die strukturelle Integration der Zuwanderer in den Arbeitsmarkt fand deshalb relativ problemlos statt. Die Zahl der Ausländer in der Landeshauptstadt Baden-Württembergs blieb bis 1983 zehn Jahre lang fast konstant. Rund 100 000 Einwohner hatten Anfang der 1980er-Jahre eine ausländische Staatsangehörigkeit, was einem Ausländeranteil von 17 Prozent entsprach. In Stuttgart waren seinerzeit mit 27 Prozent mehr als ein Viertel der ausländischen Einwohner Jugoslawen. Mit einem großen Abstand folgten Türken und Italiener, die jeweils 17 Prozent ausmachten, und die Griechen mit einem Anteil von 14 Prozent (vgl. Abbildung 1).

**Abbildung 1:** Entwicklung der Einwohner mit Migrationshintergrund in Stuttgart seit 1955



*Ausländeranteil heute bei 21,7 %, typisch für Stuttgart ist der hohe Anteil von Staatsangehörigen aus dem ehemaligen Jugoslawien*

Heutzutage hat die Landeshauptstadt insgesamt 591 550 Einwohner, davon haben 128 234 (21,7 %) die Staatsangehörigkeit einer von 170 in Stuttgart vertretenen Nationen. An erster Stelle stehen jetzt die Türken mit 22 025. Dann folgen die Griechen (14 351), Italiener (13 978), Kroaten (12 985) und Serben (11 547). Typisch für Stuttgart ist nach wie vor der hohe Anteil der Staatsangehörigen aus dem ehemaligen Jugoslawien. Wenn man die Nachfolgestaaten zusammenfasst, liegen die Staatsangehörigen aus dem ehemaligen Jugoslawien mit 32 390 Personen immer noch an der Spitze der Statistik.

*Stuttgart ist die Großstadt mit dem höchsten Anteil von Einwohnern mit Migrationshintergrund*

Im Vergleich mit ausgewählten deutschen Großstädten weist Stuttgart den höchsten Anteil von Einwohnern mit Migrationshintergrund auf (vgl. Abbildung 2, Tabelle 1). Fast 40 Prozent der Einwohner Stuttgarts verfügen über einen Migrationshintergrund, das heißt sind Ausländer, Spätaussiedler, Eingebürgerte sowie Kinder von Einwanderern, die hier geboren und aufgewachsen sind. Der Anteil in Hamburg liegt bei 26 Prozent und in Berlin bei rund 22 Prozent. Zum Jahresende 2006 hatten 38 Prozent der Einwohner einen Zuwanderungshintergrund im engeren Sinne. Im Einzelnen tragen dazu die Ausländer mit 21,7 Prozent, eingebürgerte Ausländer zu 10 Prozent und Aussiedler zu 6,3 Prozent bei. Wie in anderen Städten, in denen der Anteil der Ausländer aus den ehemaligen Anwerbestaaten sehr hoch ist, hat sich der Anteil der Kinder mit ausländischer Staatsangehörigkeit durch das neue Staatsan-

Durch neues Staatsangehörigkeitsrecht schrumpft der Ausländeranteil bei minderjährigen Kindern

gehörigkeitsrecht stark verringert. So ist der Anteil der Ausländer an den Kindern unter drei Jahren im Vergleich zu 1999 von 31 auf 9,7 Prozent geschrumpft, also nur noch etwa ein Drittel so groß. Bei den 3- bis unter 6-Jährigen sieht es ähnlich aus. Allerdings beträgt der Anteil der Kinder mit Migrationshintergrund in dieser Altersgruppe 58 Prozent. Bei den Kindern und Jugendlichen unter 18 Jahren dominieren sogar die Zuwanderer: Mehr als die Hälfte haben selbst oder über ihre Eltern einen Migrationshintergrund.

Abbildung 2: Einwohner mit Migrationshintergrund in Stuttgart am 31.12.2006

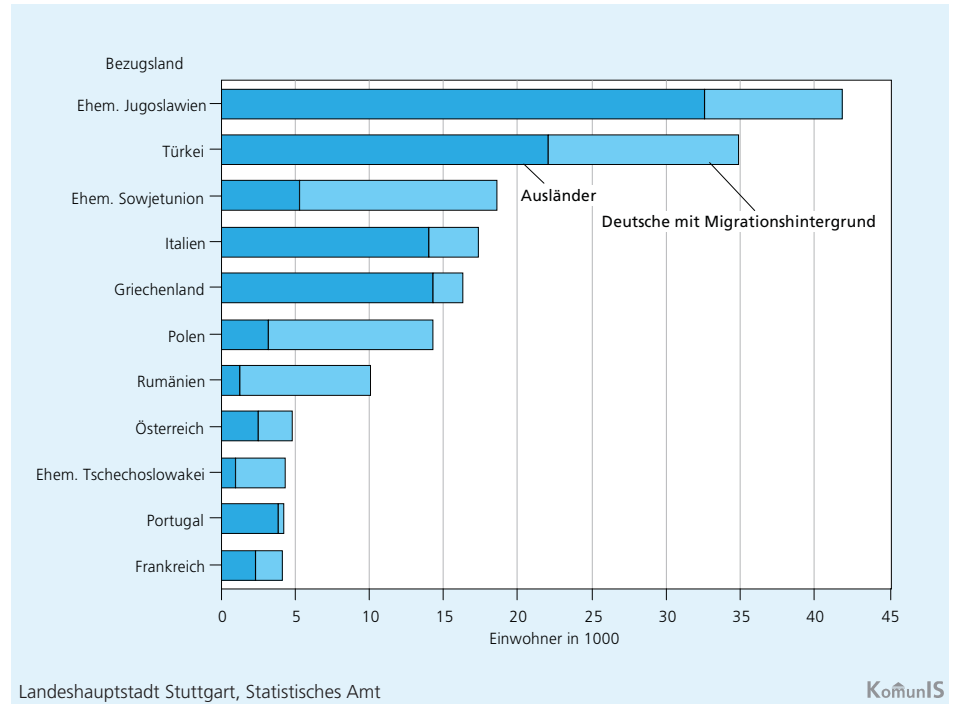


Tabelle 1: Anteil Personen mit Migrationshintergrund in ausgewählten Großstädten 2005

Stadt	Personen mit Migrationshintergrund in %
<b>Stuttgart</b>	<b>38,9</b>
Frankfurt am Main	37,6
Nürnberg	36,1
München	33,5
Köln	31,2
Düsseldorf	31,2
Hamburg	25,7
Bremen	24,1
Berlin	22,2
Essen	20,5
<b>Baden-Württemberg</b>	<b>24,2</b>
<b>Deutschland</b>	<b>17,9</b>

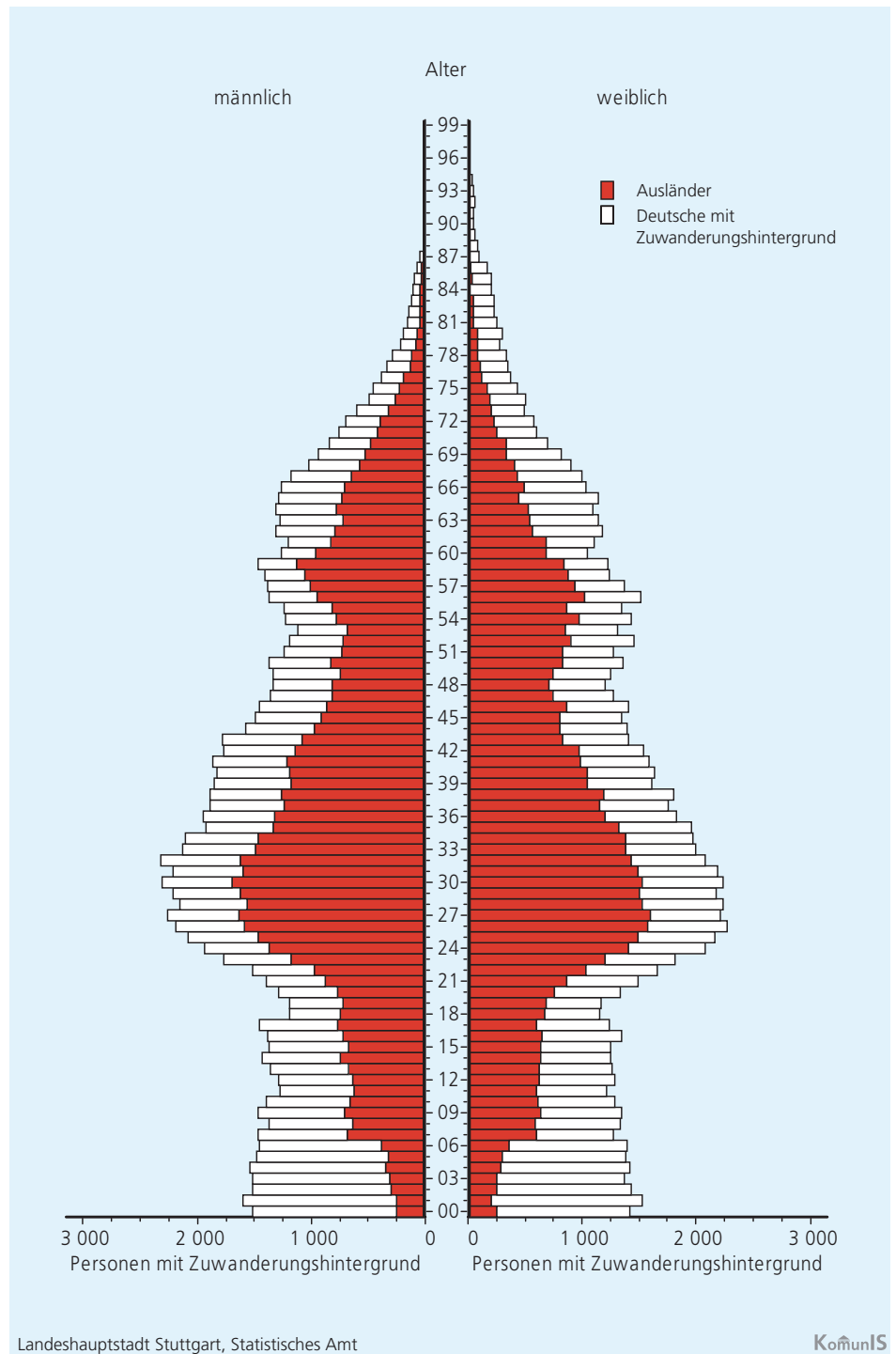
Datenquelle: Mikrozensus

Landeshauptstadt Stuttgart, Statistisches Amt

Auch die Zugewanderten altern

Der Altersaufbau der Ausländer in Stuttgart hat sich im Laufe der Jahre stark verändert. So sind die Ausländer demographisch gealtert (vgl. Abbildung 3). Das Durchschnittsalter der Ausländer ist von 1975 bis heute von 29,3 auf 37,1 Jahre gestiegen. Die Zahl der Einbürgerungen stieg auch in Stuttgart nach dem neuen Staatsangehörigkeitsrecht an und erreichte mit 3700 im Jahr 2001 ihren bisherigen Höchstwert. Inzwischen geht die Zahl der Einbürgerungen aber deutlich zurück. In Stuttgart sind rund 39 900 Personen gemeldet, die direkt als eingebürgerte Personen registriert werden können.

**Abbildung 3:** Altersaufbau der Zuwanderer Ende 2006 gegliedert nach Ausländern und Deutschen mit Zuwanderungshintergrund



*Relativ gute Wirtschaftslage in Stuttgart bedeutet gute Rahmenbedingungen für die Integration*

### 3. Politische und sozioökonomische Rahmenbedingungen

Die Integrationspolitik Stuttgarts konnte auf eine einmalig gute Wirtschaftslage aufbauen und hatte damit eindeutig Vorteile gegenüber relativ ärmeren Städten und Regionen. Die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen sind im Landes-, Bundes- und im EU-weiten Vergleich nach wie vor überdurchschnittlich gut. Stuttgart stellt als Kernstadt des drittgrößten Wirtschaftsraums Deutschlands mit 1,3 Millionen allein ein Drittel aller Arbeitsplätze Baden-Württembergs und ist eine der am höchsten entwickelten Region der EU, die exportstärkste Region Deutschlands. Die wichtigsten Branchen der Region sind mit dem Automobil- und Maschinenbau, der Elektro- und

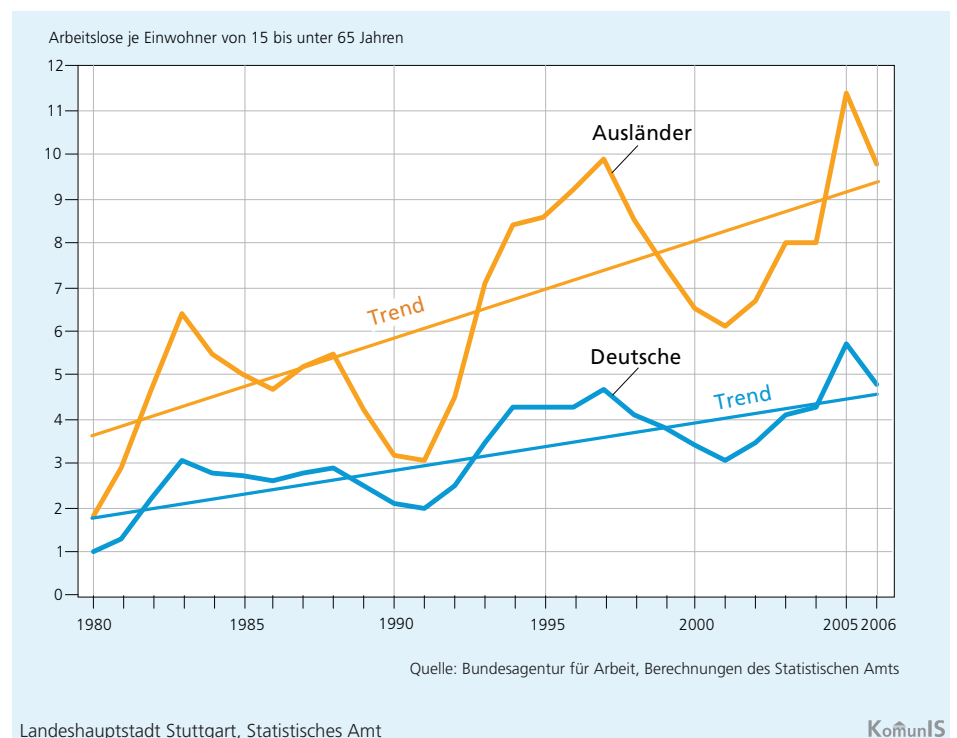
*Durch den wirtschaftsstrukturellen Wandel wird die Integration von gering qualifizierten Personen mit Migrationshintergrund immer schwieriger*

*Arbeitslosigkeit bei den Ausländern doppelt so hoch wie bei den Deutschen*

Informationstechnik prosperierende Wirtschaftszweige. Überdurchschnittlich viele „Leit- und Wachstumsbranchen“ sowie Forschungs- und Entwicklungsinstitute sind in der Landeshauptstadt ansässig. Zu den wichtigsten Arbeitgebern zählen Daimler, Bosch und Porsche. Hinzu kommen überdurchschnittlich viele Mittelständler, die einen Beschäftigungsmotor darstellen. Auch in der Region Stuttgart hat sich in den letzten Jahrzehnten die Wirtschaftslage verändert. Der Dienstleistungssektor stellt fast zwei Drittel der Wirtschaftsleistung. Das Produzierende Gewerbe, in dem in den letzten Jahren viele Arbeitsplätze für Geringqualifizierte weggefallen sind, erwirtschaftet nur noch gut ein Drittel. Die baden-württembergische Landeshauptstadt hat bis zur Jahrtausendwende innerhalb von zehn Jahren über 40 000 Arbeitsplätze von sozialversicherungspflichtig Beschäftigten verloren, die meisten davon im Verarbeitenden Gewerbe und im Baugewerbe. Neue Jobs werden heutzutage vor allem für Hochqualifizierte geschaffen. Die wirtschaftliche Integration gering qualifizierter Arbeitnehmer mit Migrationshintergrund wird durch die Arbeitsmarktentwicklung auch in Stuttgart immer schwerer (Plahuta 2007).

Zwar liegt in Stuttgart die Arbeitslosigkeit bei Ausländern unter dem Landes- und Bundesdurchschnitt. Der Anteil der arbeitslos gemeldeten Ausländer an den Arbeitslosen betrug Ende 2006 allerdings 40 Prozent und lag weit über dem Anteil der Ausländer an den Einwohnern (22 %). Die Arbeitslosigkeit unter Ausländern beträgt im Agenturbezirk Stuttgart rund 18 Prozent und liegt damit einerseits deutlich unter dem Bundesdurchschnitt von 25 Prozent, ist aber immer noch mehr als doppelt so hoch wie die Arbeitslosigkeit unter deutschen Erwerbspersonen mit rund 7 Prozent. Weniger die Höhe der Arbeitslosigkeit als vielmehr die Entwicklung ist für Stuttgart beunruhigend. Ausländer sind doppelt so oft von Arbeitslosigkeit betroffen wie Deutsche (vgl. Abbildung 4). Die sogenannte Sockelarbeitslosigkeit ist deutlich höher. Das gilt ebenfalls für die konjunkturelle Anfälligkeit (Haußmann 2007). Auch in Stuttgart sind Ausländer seltener sozialversicherungspflichtig beschäftigt. Sie weisen eine ungünstigere Branchenstruktur auf und verfügen über geringere Einkommen. Bis zum heutigen Tage mildern die Migranten/innen den Bevölkerungs- und Geburtenrückgang in der Landeshauptstadt. Stuttgart ist wie andere Großstädte von der „Stadtflucht“ betroffen. Nur in jedem fünften Stuttgarter Haushalt leben Kinder unter 18 Jahren. Mit anderen Worten: Statistisch gesehen sind 80 Prozent aller Privathaushalte kinderlos, das heißt, ohne minderjährige Kinder.

**Abbildung 4:** Arbeitslose (Betroffenheitsquote) in Stuttgart seit 1980



*Grundlage der Integrationspolitik hat Oberbürgermeister Rommel gelegt*

Die Grundlagen für die heutige Integrationspolitik in Stuttgart wurden frühzeitig unter Oberbürgermeister Manfred Rommel (CDU) gelegt, der von 1974 bis 1996 die Geschicke der Stadt lenkte. Rommel machte für seine Zeit geradezu revolutionäre Aussagen in der Ausländerpolitik und wurde dafür aus dem rechtsradikalen Lager während kommunalpolitischen Wahlkämpfen mit ausländerfeindlichen Parolen angegriffen. Trotzdem wurde Rommel immer wieder mit überwältigender Mehrheit als Oberbürgermeister im Amt bestätigt. So geht der Begriff der „multikulturellen Gesellschaft“, der heute von manchen in Frage gestellt wird, mit auf den Stuttgarter Alt-Oberbürgermeister zurück. Für Rommel war dieses Schlagwort nichts anderes als eine Situationsbeschreibung in seiner Stadt. Rommel wörtlich: „Die multikulturelle Gesellschaft existiert bereits. Und jede Kulturgesellschaft ist eine multikulturelle Gesellschaft. Eine Gesellschaft, in der nur eine kulturelle Strömung da ist und nichts anderes, ist keine Kulturgesellschaft, ist eine sterile Gesellschaft. Die Vielfalt gehört zur Kultur und um Vielfalt zu haben, braucht man auch Toleranz. Wenn hier Angehörige verschiedener Länder in einer Stadt sich begegnen, dann ist dies kein Nachteil, sondern ein Vorteil. Es wird immer so getan, als ob eine Politik, die die Interessen der ausländischen Mitbürger berücksichtigt, gegen die Deutschen gerichtet wäre. Im Gegenteil.“ (Sendung Süddeutscher Rundfunk vom 21.11.1990).

*Rommel setzte sich für doppelte Staatsangehörigkeit ein ...*

Manfred Rommel setzte sich bereits vor Jahrzehnten für die Doppelstaatsangehörigkeit ein und geriet dabei unter starken Beschuss seiner eigenen Partei. Auf einem Landesparteitag der CDU Baden-Württemberg sagte er: „Ich weiß nicht, ob man ein moralisches Recht hat, denen, die hier geboren sind, jegliches Heimatrecht zu bestreiten. In USA und in England ergibt sich das von selber, in dem dort die Staatsangehörigkeit sich nicht nach dem Blute richtet, sondern nach dem Orte der Geburt. Wir haben früher das gleiche Problem in Deutschland gehabt. Da gab's bayerische Staatsangehörigkeit, württembergische Staatsangehörigkeit, aber kein Mensch ist draufgekommen, dass einer, der die württembergische Staatsangehörigkeit hat, nicht auch die bayerische haben könnte (Zwischenruf: ‚Das sind Deutsche.‘). Europa wird, so hoffen wir, immer mehr zusammenwachsen und ich halte es auch aus diesem Grunde für notwendig, hier eine Lösung zu finden.“

*... und brachte schon früh das Thema der europäischen Integration der Türkei in die Diskussion*

Rommels migrationspolitische Aussagen sind heute immer noch aktuell. Erst jetzt wurden manche seiner Ideen beispielsweise mit der Deutschen Islamkonferenz aufgegriffen. Rommel sagte vor über einem Vierteljahrhundert: „Wir werden immer eine türkische Gemeinde haben, wahrscheinlich eine wachsende. Es ist für Europa von entscheidender Bedeutung, dass die Türkei weiterhin zu Europa gehören will. Man muss deshalb das Ziel der langfristigen Integration der Türkei in Europa stets vor Augen behalten, und darf nicht wegen kleinlicher Probleme, die sich im Moment stellen, dieses Ziel etwa in Frage stellen. Es ist für Europa von großer Bedeutung, dass ein so wichtiges, so großes Kulturvolk, das gleichzeitig die Brücke zum Nahen Osten darstellen kann, dass dieses Kulturvolk sich mit uns freundschaftlich verbündet. Unter diesem Aspekt muss man die Kontakte betrachten, der türkischen zu den deutschen Städten, unter diesem Aspekt muss man vor allem auch die Politik gegenüber unseren türkischen Mitbürgern betrachten in den Städten. Man soll sich keinen Illusionen hingeben. Der Glaube, dass deutsche Großstädte nur von Deutschen bewohnt werden, ist ein Irrglaube. Wer das meint, der entfernt sich von der Realität, er entfernt sich aber auch vom Europa-Gedanken.“ Es sollten fast drei Jahrzehnte ins Land gehen, bis ein Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble (CDU) im Sinne Rommels feststellte: „Der Islam ist Teil Deutschlands und Teil Europas.“

Erstaunlicherweise findet sich die historische Perspektive der Stuttgarter Integrationspolitik praktisch gar nicht mehr in den aktuellen Veröffentlichungen, wie dem „Stuttgarter Bündnis für Integration“ aus dem Jahre 2007 wieder. Viel mehr entsteht der Eindruck, als ob die Integrationspolitik im Jahr 2001 bei einer „Stunde Null“ begonnen hätte. Zu dieser Fehleinschätzung, Stuttgart habe erst vor einigen Jahren erkannt, dass die Integration von Migranten auf der lokalen Ebene ein wichtiger Faktor für den sozialen Zusammenhalt sei, kommen auch manche Beobachter

*Unter Oberbürgermeister Schuster wurde das Thema Integration weiter aufgewertet*

*2001 wurde die Integrationspolitik in Form einer Stabsstelle direkt dem Oberbürgermeister unterstellt*

(Lüken-Klaßen 2007, S. 26). Zwar wurde unter dem Amtsnachfolger von Manfred Rommel, Dr. Wolfgang Schuster (CDU), das Thema aufgewertet. Die moderne Integrationspolitik der Landeshauptstadt ruht aber auf den Eckpfeilern der Politik Rommels.

Vielleicht liegt es auch daran, dass in diesen Jahren die Ausländerpolitik der Landeshauptstadt politisiert wurde. 1994 kam es schon zu kommunalpolitischen Verwirrungen als ein zweiter Ausländerbeauftragter eingerichtet wurde (Stuttgarter Zeitung, 17.6.1994). Endgültig unter Beschuss geriet die kommunale Ausländerpolitik im Jahr 2000. Dabei ging es um eine umstrittene Veranstaltungsreihe „Muslime in Stuttgart“. Dabei wurde auch die extremistische Organisation Milli Görüs eingeladen, was im Gemeinderat und in der Öffentlichkeit auf heftige Kritik stieß. Letztendlich wurde in dieser Affäre der langjährige verdienstvolle Ausländerbeauftragte der Stadt, Herbert Babel, mit anderen Aufgaben betraut, nachdem die Sozialbürgermeisterin Gabriele Müller-Trimbusch (FDP) ihre Zuständigkeit für die Ausländerpolitik abgegeben hatte, was in der Lokalpresse als „handfester Skandal“ kritisiert wurde (Stuttgarter Zeitung, 22.11.2000). Das Jahr 2001 war insofern ein Neubeginn, als endgültig ein Schlussstrich unter diese Querelen gezogen und die Integrationspolitik direkt dem OB unterstellt wurde. Die ehemalige Stabsstelle der Ausländerbeauftragten, die im Sozialreferat angegliedert war, kam als Stabsabteilung für Integrationspolitik in den Geschäftsbereich des Oberbürgermeisters, wurde personell ausgebaut und zur „Chefsache“ erklärt. Schuster trat mit dieser Modernisierung der Ausländerpolitik aus dem Schatten seines Amtsvorgängers und konnte sich damit sogar bundesweit positiv in die Schlagzeilen bringen. So wurde beispielsweise eigens eine Pressefahrt von Journalisten aus dem ganzen Bundesgebiet in Sachen Integrationspolitik vor Ort veranstaltet.

#### 4. Strategien, Konzepte und Instrumente der lokalen Integrationspolitik

Für die Landeshauptstadt ist Zuwanderung im Zeichen der Globalisierung der Normalfall. Sie bewertet Menschen mit Migrationshintergrund als positives Potenzial der Stadt. Schwerpunktmäßig wird die soziale und kulturelle Integration angestrebt. Darunter versteht Stuttgart Chancengleichheit in wichtigen Bereichen wie Schule, Bildung, Beruf, Wohnen und Freizeit. Kulturelle Integration bedeutet für die Stadt unter anderem die Teilhabe an gesellschaftlichen und kulturellen Prozessen sowie die Bereitschaft, sich in die Gesellschaft voll einzubringen. Stuttgarts Integrationspolitik gilt bundesweit als mustergültig. So wurde die Landeshauptstadt als erste deutsche Stadt im Jahr 2004 von der UNESCO mit dem „Cities for Peace“-Anerkennungspreis ausgezeichnet. Beim Wettbewerb der Bertelsmann-Stiftung und des Bundesinnenministeriums „Erfolgreiche Integration ist kein Zufall“ bekam Stuttgart im Jahr 2005 den ersten Preis für das zukunftsweisende Gesamtkonzept, das in der Zwischenzeit auch in die politische Arbeit des Europarats aufgenommen wurde.

Stuttgart macht sogar europaweit Schlagzeilen mit seiner Integrationspolitik. So wurde 2006 in Stuttgart unter anderem vom Kongress der Gemeinden und Regionen beim Europarat (KGRE) das europäische Städtenetzwerk „Cities of local integration policy of migrants“ (CLIP) ins Leben gerufen. Die Stadt hat in den vergangenen Jahren zahlreiche nationale und internationale Kongresse veranstaltet und in diesem Zusammenhang eine „Stuttgarter Erklärung“ mit Empfehlungen zur kommunalen Integrationspolitik verabschiedet. Für zahlreiche Städte und Gemeinden in Deutschland ist die Integrationspolitik Stuttgarts ein Vorbild.

Im Jahr 2001 wurde ein gesamtstädtisches Integrationskonzept, das Stuttgarter Bündnis für Integration, aufgestellt und vom Gemeinderat verabschiedet (Landeshauptstadt Stuttgart, Aktualisierte Ausgabe 2007). Integrationsarbeit versteht sich als Querschnittsaufgabe der Stadtverwaltung und als Gemeinschaftsaufgabe der Bürgergesellschaft. Migration wird im globalen Zusammenhang gesehen. So hat die Stadt 2005 die „Stuttgarter Partnerschaft Eine Welt“ ins Leben gerufen, die unter

*Auszeichnung „Cities for Peace“ der UNESCO 2004*

*Erster Preis beim Wettbewerb „Integration ist kein Zufall“*

*Europäisches Städtenetzwerk „CLIP“ wurde in Stuttgart ins Leben gerufen*

*Integrationskonzept „Bündnis für Integration“ 2001 vom Gemeinderat verabschiedet*

*Vernetzung der Entwicklungszusammenarbeit*

anderem Initiativen der Entwicklungszusammenarbeit besser vernetzen will. Das Stuttgarter Bündnis für Integration umreißt Ziele und Umsetzungsstrategien für zwölf kommunalpolitische Handlungsfelder (Landeshauptstadt Stuttgart 2007). Die obersten Ziele beschreibt die Stadt so:

*Gleichberechtigte Teilhabe ...*

1. Gleichberechtigte Teilhabe der Einwohner mit Migrationshintergrund am gesellschaftlichen Leben in der Stadt, um den sozialen Zusammenhalt der sozial und kulturell heterogenen Stadtgesellschaft zu stärken (Kohäsionspolitik). Dabei wird im Rahmen der kommunalen Einflussmöglichkeiten eine Angleichung der Lebenslagen und Teilhabechancen der Migranten an die einheimische Bevölkerung ohne Migrationshintergrund angestrebt.

*... und die Anerkennung der Vielfalt oberste Ziele*

2. Die Anerkennung und Förderung der kulturellen Vielfalt sowie die Nutzung der Potenziale der zugewanderten Bevölkerung für die Stadtentwicklung in allen Handlungsfeldern. Damit soll zum einen der Standort Stuttgart im globalen Wettbewerb der Städte gestärkt und zum anderen die Qualität der Integrationsarbeit optimiert werden (Diversitätspolitik). Der „Mehrwert“ der Migranten für die Stadtentwicklung soll im Rahmen einer intensiven Öffentlichkeitsarbeit dargestellt werden, um die Akzeptanz der Bevölkerung für die wachsende Internationalisierung der Bevölkerung zu erhöhen.

## 5. Zentrale Handlungsfelder der lokalen Integrationspolitik

Zu den zwölf Handlungsfeldern im Einzelnen:

1. Sprachkursförderung für Neu- und Altzuwanderer nach dem „Stuttgarter Modell“. Dazu gehören spezielle Sprachkurse, die Wohnort-nah angeboten werden, unter anderem mit dem Projekt „Mama lernt Deutsch“ an Schulen.
2. Sprach- und Bildungsförderung in Kindertagesstätten  
Dadurch soll jedes Stuttgarter Kind - unabhängig von seiner ethnischen und sozialen Herkunft – eine faire Bildungschance bekommen. Die Stadt will, dass die Talente von Kindern entdeckt und ihre Neugierde geweckt wird. Dazu wurde vom Jugendamt ein Handlungskonzept unter dem Motto „Einstein in der Kita“ entwickelt.
3. Chancengleichheit in Schule und Ausbildung  
Dabei sollen die Migranteneltern in ihrem Erziehungs- und Bildungsauftrag gestärkt, die interkulturelle Kompetenz von allen Lehrkräften erweitert sowie Kindergärten und Schulen verzahnt werden.
4. Berufliche Integration  
Ziel ist, im Rahmen der nachholenden beruflichen Integration arbeitslose Migranten für den Arbeitsmarkt zu qualifizieren. Die Stadt schreibt: „Zugleich wollen wir im High-Tech-Bereich, vor allem in der Wissenschaft und Forschung, die ‚besten Köpfe‘ für die Zukunftsfähigkeit der Stadt und Region Stuttgart heranzubilden und halten sowie weitere von außen gewinnen. Dies ist von entscheidender Bedeutung für den Standort Stuttgart.“ (Landeshauptstadt Stuttgart 2007, S. 20)
5. Integrationskompetenz durch interkulturelle Ausrichtung der Verwaltung  
Die aktive Teilhabe der Migranten an kommunalen Dienstleistungen soll erhöht und dadurch die Voraussetzung für eine gelungene Integration sowie die internationale Ausrichtung der Verwaltung verbessert werden.

6. Integration und Partizipation in den Stadtteilen  
Die Stadt will erreichen, dass die Menschen nationen- und generationenübergreifend dort zusammengebracht werden, wo sie leben: im Stadtteil: „Integration erfolgt in konkreten Lebensbezügen, also dort, wo Eingewanderte und Einheimische tagtäglich zusammenkommen.“ (Landeshauptstadt Stuttgart 2007, 23). Als positives Beispiel wird in diesem Zusammenhang das bereits 1982 gegründete Haus 49 angeführt, ein internationales Stadtteilzentrum, von der Caritas getragen, mit zahlreichen Angeboten für alle Altersgruppen.
7. Wohnen und Nachbarschaft in der internationalen Stadt  
Stuttgart will eine gemischte Bevölkerungsstruktur in allen Stadtteilen sicherstellen. Die Wohnangebote und das Wohnumfeld sollen für alle Bevölkerungsgruppen attraktiv gestaltet werden.
8. Interkulturelle und internationale Orientierung  
Dabei soll die Internationalität der Stadt als Chance für die Zukunft genutzt werden – sowohl für den Wirtschaftsstandort als auch für den demografischen Wandel. Dazu gehören internationale Netzwerke und Kultureinrichtungen oder das Forum der Kulturen, ein Dachverband nicht-deutscher Kulturvereine und Einrichtungen, das eine Monatszeitschrift herausgibt.
9. Sicherheit in der internationalen Stadt  
Dabei soll das friedliche Zusammenleben gestärkt und zugleich die Sicherheit für alle erhöht werden. Dazu gehören präventive Angebote wie „Boxen im Osten“ für Spätaussiedler und andere Jugendliche aus Osteuropa.
10. Interreligiöser Dialog  
Der Interreligiöse Dialog in Stuttgart soll gefördert werden, um das friedliche Zusammenleben verschiedener Glaubensrichtungen zu sichern. Dazu wurden ein „Runder Tisch der Religionen“ und ein Gesprächskreis der Muslime mit dem Integrationsbeauftragten eingerichtet.
11. Politische Partizipation  
Die Landeshauptstadt will die gleichberechtigte Teilhabe und Teilnahme aller Bevölkerungsgruppen am kommunalpolitischen Geschehen erreichen, vor allem eine stärkere Teilhabe an Wahlen sowie mehr bürgerschaftliches Engagement in politischen Beratungsgremien und bürgerschaftlichen Initiativen. In diesem Zusammenhang wurde der Internationale Ausschuss neu aufgestellt, der seit September 2004 den Gemeinderat berät und unterstützt.
12. Öffentlichkeitsarbeit  
Gemäß dem Stuttgarter Bündnis für Integration soll dabei „Integration als Lernprozess für Neubürger wie für Alteingesessene in der notwendigen Differenziertheit und Unaufgeregtheit“ dargestellt werden, das heißt mit allen Schwierigkeiten, Herausforderungen und Chancen.

## 6. Probleme und Erfolge in der Integration von Zuwanderern

*Es besteht weiter Handlungsbedarf*

Die Stuttgarter Integrationspolitik gilt zurecht als vorbildlich, was auch an der vorausschauenden Kommunalpolitik und den frühzeitigen Maßnahmen sowie den guten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen liegt, von denen die Stadt bis zum heutigen Tage profitiert. Es ist aber auch in Stuttgart nicht alles Gold was in der Integrationspolitik glänzt. Viele Probleme bleiben weiterhin ungelöst. So stellt die Beschäftigungssituation und Arbeitslosigkeit unter Migrantinnen nicht nur für Stuttgart eine zentrale Herausforderung für die Zukunft dar. Ein großer Handlungsbedarf besteht bei Kindern und Jugendlichen. Insgesamt muss auch in Stuttgart aus den vielen guten Modellmaßnahmen ein flächendeckendes Angebot entstehen, was nicht ohne erheblichen finanziellen Aufwand möglich ist. Obwohl viele Integrationsdefi-

Bildung als Schlüssel

zite nicht durch kommunalpolitische Anstrengungen allein beseitigt werden können, muss Stuttgart verstärkte Anstrengungen vor allem im Bildungsbereich unternehmen: „Es darf nicht sein, dass in Stuttgart, einer Stadt, die für ihr Integrationskonzept viel Anerkennung findet, weit über die Hälfte der ausländischen Schüler die Schule lediglich mit einem Hauptschulabschluss oder sogar ohne jeglichen Schulabschluss verlässt, denn angesichts der steigenden Anforderungen in den Ausbildungen und der großen Konkurrenz auf dem Lehrstellenmarkt, sind die Chancen auf einen Ausbildungsplatz und damit eine berufliche Ausbildung unter diesen Voraussetzungen sehr schlecht (vgl. Abbildung 5 und 6). Eine deutlich bessere Integration in das Schul- und Ausbildungssystem ist unverzichtbar. Sie dient nicht nur der gesellschaftlichen Integration und der Wahrung des sozialen Friedens, sie ist auch angesichts andernfalls entstehender Folgekosten und des bevorstehenden Fachkräftemangels infolge der demographischen Entwicklungen volkswirtschaftlich dringend angezeigt.“ (Plahuta 2007, S. 237).

Abbildung 5: Abgänger von allgemeinbildenden Schulen in Stuttgart nach dem Schuljahr 2005/2006

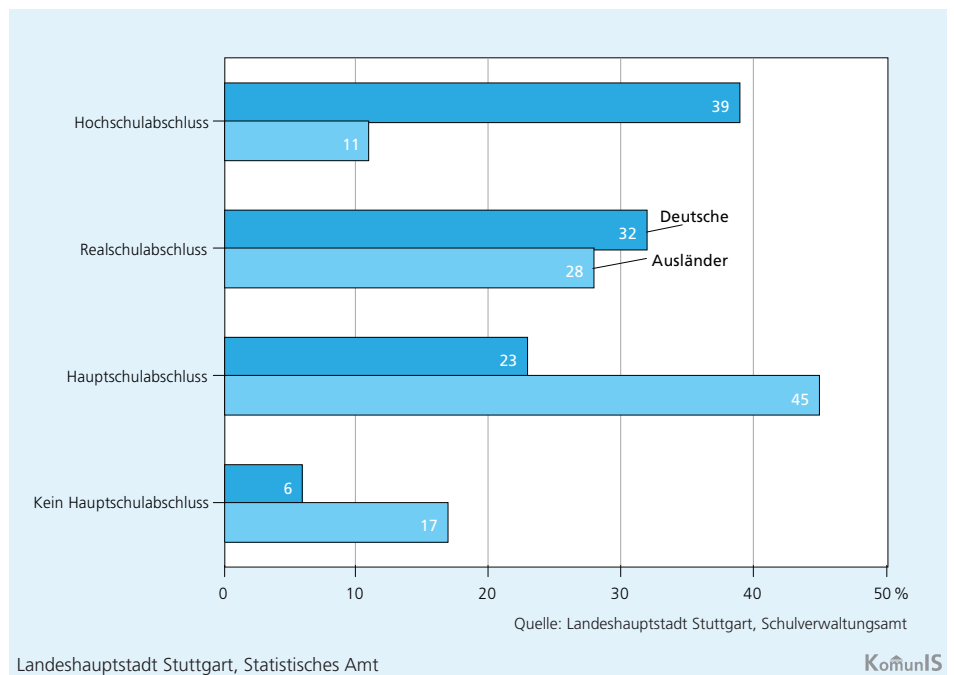
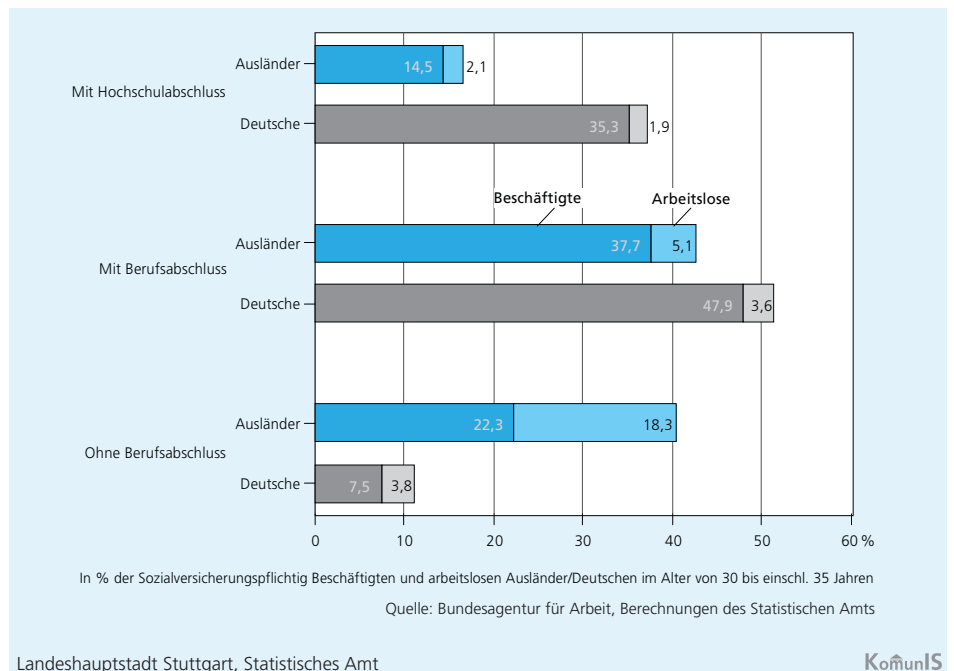


Abbildung 6: Beschäftigte und Arbeitslose im Alter von 30 bis 35 Jahren in Stuttgart am 31.3.2006 nach dem höchsten Abschluss



*Handlungsfelder auch innerhalb der Stadtverwaltung*

Stuttgart bewertet seine Integrationserfolge durchaus kritisch. Bei den Bildungsabschlüssen und beim Thema Chancengleichheit ist die Stadt noch weit weg vom „Idealzustand“, so Gari Pavkovic seit 2001 Integrationsbeauftragter Stuttgarts (Sendung SWR1 BW, Thema Heute, 12.6.2005). Auch Oberbürgermeister Schuster räumte bei der bundesweiten Initiative „Charta für Vielfalt“, die er gemeinsam mit der Polizei und mehreren Unternehmen sowie öffentlichen Einrichtungen im Dezember 2007 unterzeichnete, ein, dass die Stadtverwaltung beispielsweise noch einen erheblichen Nachholbedarf bei der Beschäftigung von Mitarbeitern mit Migrationshintergrund habe.

*Trotz engem Wohnungsmarkt nur relativ geringe Segregation*

Die Wohnsituation von Stuttgartern mit Migrationshintergrund ist ebenfalls unbefriedigend und dadurch gekennzeichnet, dass sie besonders unter dem angespannten Wohnungsmarkt und unter den hohen Mieten leiden. Insgesamt haben Migranten/innen deshalb weniger pro Kopf-Wohnraum als Deutsche zur Verfügung und leben oft in benachteiligten Vierteln. Eine Konzentration einzelner ethnischer Gruppen findet in Stuttgart allerdings nicht statt. Die ausländische Bevölkerung verteilt sich alles in allem über die Stadt und konzentriert sich höchstens in einzelnen Wohnquartieren in Straßenzügen. Allerdings: „Diese kleinräumige soziale Segregation und die – empfundene oder reale – Stigmatisierung haben negative Auswirkungen auf andere Lebensbereiche. Gerade Frauen und Jugendliche mit Migrationshintergrund verbringen ihre Freizeit vornehmlich in ihrem Stadtviertel, woraus relativ kleine Aktionsräume und homogene nicht-deutsche Netzwerke resultieren. Diese fördern wiederum Probleme wie die ‚doppelte Halbsprachigkeit‘, also die schlechten Kenntnisse sowohl der Muttersprache als auch der deutschen Sprache.“ (Lüken-Klaßen 2007, S. 22).

## 7. Perspektiven

Mit der Zukunftsperspektive „Migration und Integration im Jahr 2030“ für die Landeshauptstadt und ihre Nachbarkreise hat sich ein Forschungsprojekt beschäftigt (Reschl 2007), das auch für andere Ballungsräume aussagekräftig ist. Danach wird wegen des wachsenden Arbeitskräftebedarfs die Zuwanderung von ausländischen Arbeitnehmern in den Stadtregionen, die bereits heute über die höchsten Anteile von ausländischer Bevölkerung verfügen, besonders stark sein. Als dynamischer Wirtschaftsstandort wird die Stadtregion Stuttgart ihren Bedarf an Arbeitskräften verstärkt durch die Anwerbung von Migranten decken müssen, so die Studie.

Die Städte und Gemeinden sind – so die Untersuchung – noch unzureichend auf diese Zukunftsperspektive eingestellt. Es fehle nicht nur auf kommunaler Ebene die mentale Bereitschaft, sich auf eine verstärkte Zuwanderung einzulassen. Die kommunalen und regionalen Infrastrukturen müssten entsprechend vorbereitet werden. In einem „Leitbild Integration“ weist die Untersuchung darauf hin, dass Zuwanderung als Chance und Voraussetzung für eine prosperierende Stadtregion Stuttgart begriffen werden muss. Neben der Entwicklung angepasster Weiterbildungsstrategien für eine alternde Erwerbsgesellschaft ist die Zuwanderung qualifizierter Arbeitskräfte eine Voraussetzung für die wirtschaftliche Dynamik der Region. Die gesellschaftliche Partizipation der Migranten ist – wie die Untersuchung weiter feststellt – eine wesentliche Voraussetzung für ihre erfolgreiche gesellschaftliche Integration.

*Meinungsbild der Bürger gegenüber Zuwanderern hat sich verschlechtert ...*

Eine Herausforderung für die Stadt Stuttgart bleibt die Akzeptanz der Integrationspolitik in der Mehrheitsbevölkerung. Dieses Thema wird im letzten Integrationsbericht nur am Rande gestreift (Landeshauptstadt Stuttgart 2007, S. 29). Bei genauerem Hinsehen stellt sich heraus, dass sich das Meinungsbild der Bevölkerung gegenüber Zuwanderern in den letzten Jahren offenbar verschlechtert hat (Landeshauptstadt Stuttgart, Pressedienst, Erste Ergebnisse der Bürgerumfrage 2007, 10.08.2007). Für 28 Prozent der Stuttgarter sind „Zu viele Fremde“ das größte Problem in der Stadt. In der Rangfolge der Probleme ist dieses Thema damit in den letzten Jahren um vier

*... gleichzeitig werden vermehrt Chancen zur Integration gesehen*

Positionen auf Platz 9 nach oben gerückt. Auch „mangelnde Ausländerintegration“ ist um eine Position nach oben gerutscht und wird jetzt von 23 Prozent als größtes Problem genannt. Allerdings wird für die nächsten vier Jahre eine etwas bessere Entwicklung erwartet, was das Verhältnis zwischen Deutschen und Ausländern angeht. Die Einstellung in diesem Bereich hat sich um vier Kommunalbarometerpunkte nach oben verbessert (gegenüber 2005). Die Zufriedenheitswerte für „Integrationsangebote für ausländische Mitbürger“ haben sich ebenfalls verbessert.

*Zufriedenheitswerte in den Bereichen Wohnen und Arbeit bei den Ausländern unterdurchschnittlich*

Was nun die Zufriedenheit von Deutschen und Ausländern in den Bereichen Arbeit und Wohnen angeht, sind deutliche Unterschiede festzustellen. Die Zufriedenheitswerte bei den Arbeits- und Verdienstmöglichkeiten und der Wohnung liegen bei Ausländern deutlich unter dem gesamtdeutschen Niveau. So ist zwar die Zufriedenheit mit der Wohnung im Laufe der Jahre gestiegen. Die Zufriedenheit mit den Arbeits- und Verdienstmöglichkeiten ist dagegen bei der ausländischen Bevölkerung deutlich zurückgegangen. So sinkt das Zufriedenheitsniveau mit den Arbeits- und Verdienstmöglichkeiten bei der ausländischen Bevölkerung von 66 auf 59 Punkte. Nur ein geringer Teil der Deutschen in Stuttgart hat gar keine Kontakte zu Ausländern. Deutsche und Ausländer fühlen sich mehrheitlich sehr verbunden mit Stuttgart. Der Forderung von zusätzlichen Geldern für die Integration bei der ausländischen Wohnbevölkerung steht ein höherer Anteil von Deutschen gegenüber, die dagegen Geldeinsparungen in diesem Bereich verlangen. Allerdings fordert die Mehrheit unveränderte oder mehr Geldausgaben für die Integration. Zusätzliche Mittel für die Sprachförderung werden fast zu gleichen Teilen von Deutschen wie Ausländern gefordert. Für sogenannte gezielte Integrationshilfen gibt Stuttgart alles in allem im Jahr 1,5 Millionen Euro aus. Ab 2008 wird die Stadt nach Angaben ihres Integrationsbeauftragten 1,5 Millionen jährlich für den Ausbau der Sprachförderung in Kindertageseinrichtungen bereitstellen sowie über zwei weitere Millionen Euro im Jahr für die Stuttgarter Bildungspartnerschaft (Kompetenzzentrum und Qualitätsentwicklungsfond für Kitas/Grundschulen einschließlich interkulturelle Schulentwicklung). Das bedeutet einen großen Zuwachs der Investitionen beziehungsweise Ausgaben für bessere Bildungsverläufe von Ein- bis Zehnjährigen. Die Initiative für dieses gesamtstädtische Bildungskonzept ging sehr stark von der Stabsabteilung für Integrationspolitik und vom Internationalen Ausschuss aus.

*Zuwachs an Investitionen im Bildungsbereich*

*Teilhabe an Kommunalwahlen stark ausbaufähig*

Weit entfernt ist Stuttgart nach wie vor von der angestrebten gleichberechtigten Teilhabe der Zuwanderer an gesellschaftlichen Ereignissen und am kommunalen Geschehen. In den politischen Parteien finden sich fast keine Vertreter mit Migrationshintergrund. Im Gemeinderat sind es gerade zwei von 60 Mandatsträgern. Die Wahlbeteiligung von EU-Bürgern bei den Gemeinderats- und OB-Wahlen liegt bei 20 Prozent. Der Internationale Ausschuss leistet zwar eine wichtige Arbeit, seine Einflussmöglichkeiten sind jedoch begrenzt und er kann nicht die direkte Vertretung von Migrant/innen im Gemeinderat ersetzen. Die politische Integration stellt alles in allem eine der größten Herausforderungen für die Landeshauptstadt dar.

*Wenig Erfolge in der Schul- und Berufsausbildung bei den Migrantenkindern*

Gegenüber der Weiterentwicklung des Stuttgarter Bündnis für Integration von 2007 zu 2001 sind wenig Erfolge in der Schul- und Berufsausbildung bei den Migrantenkindern zu verzeichnen, was jedoch nicht der Stadt Stuttgart angekreidet werden kann. Auch wenn eine Lokalzeitung überspitzt kommentiert, das neue Integrationskonzept sei eine reine PR-Maßnahme der Stadt im Hinblick auf die Bewerbung für den nächsten Integrationspreis (Stuttgarter Zeitung vom 19.6.2007). Nicht nur im schulischen Bereich, insgesamt fallen viele integrationspolitische Maßnahmen in die Kompetenz des Landes und des Bundes. 12 Prozent aller Schüler/innen verlassen die Hauptschule ohne Abschluss. Das betrifft rund 8 Prozent der deutschen und rund 16 Prozent der nicht-deutschen Hauptschüler/innen. Diese negative Bilanz ist in Stuttgart seit Jahren – fast seit Jahrzehnten – gleich. Stuttgart kann sich eine solche Entwicklung im globalen Wettbewerb nicht leisten, so der Integrationsbeauftragte Gari Pavkovic: „Wir brauchen jedes Kind in Stuttgart, und zwar mit einem guten Schulabschluss, damit jeder junge Stuttgarter und jede junge Stuttgarterin eine Chance auf dem lokalen Arbeitsmarkt bekommt.“ (Pavkovic 2006, S. 6).

*Mehr als die Hälfte der Stuttgarter Kinder hat Migrationshintergrund*

Die Zahl der Kinder und Jugendlichen mit Migrationshintergrund liegt seit einigen Jahren über der Zahl der Deutschen ohne Migrationshintergrund. Das bedeutet, dass mehr als die Hälfte des Arbeitskräftepotenzials zugewandert ist oder in einer Zuwanderungsfamilie aufwuchs. Diese Tendenz wird künftig noch zunehmen. Bereits heute haben 55,5 Prozent der Stuttgarter/innen unter 18 Jahren einen Migrationshintergrund. Auch hier ist die Tendenz steigend, was die Zukunftsaufgabe für die Stadt unterstreicht.

*Integrationsmonitoring ist gestartet*

Als positiv hervorzuheben ist, dass Stuttgart ein Monitoringverfahren eingerichtet hat, um den Stand der Integration erfassen zu können. Dieses wurde 2006 auf Initiative der Stadt Stuttgart extern von der Kommunalen Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement (KGSt) erstellt, ein von Städten, Gemeinden und Kreisen gemeinsam getragenes Entwicklungszentrum des kommunalen Managements. Nur so lassen sich mittel- und langfristig Erfolge und Defizite der integrationspolitischen Maßnahmen der Landeshauptstadt überprüfen. Der Stuttgarter Integrationsbeauftragte war maßgeblich daran beteiligt, dass ein indikatorengestütztes Monitoring, Zielvereinbarungen und Erfolgsmessung der Integrationsprogramme als Selbstverpflichtung von Bund, Ländern und Kommunen in den Nationalen Integrationsplan der Bundesregierung aufgenommen wurden. Eine Vorreiterrolle spielte auch das Statistische Amt der Landeshauptstadt, das bereits frühzeitig Ausländerdaten veröffentlicht und fortgeschrieben hat. Auch die bundesweite Umstellung von „Ausländischer Staatsangehörigkeit“, die immer weniger aussagekräftig wurde, zum „Migrationshintergrund“ ist von Statistikern aus Stuttgart vorangetrieben worden. Besonders hervorzuheben ist, dass Stuttgart seine Integrationspolitik wissenschaftlich im Rahmen des Europäischen Städtenetzwerkes für Kommunale Integrationspolitik (CLIP) begleiten lässt.

*Methode zur Gewinnung von Daten zu Personen mit Migrationshintergrund in Stuttgart mit entwickelt*

Altbürgermeister Manfred Rommel, Sozialbürgermeisterin Gabriele Müller-Trimbusch und der langjährige Ausländerbeauftragte Herbert Babel haben das Fundament für die Integrationspolitik gelegt, auf das die Stadt aufbauen konnte. Alles in allem fand OB Rommels liberale Grundhaltung aber zu wenig Niederschlag in der Umsetzung, also in der Praxis des kommunalen Handelns, was teilweise mit der damaligen schwierigen Haushaltslage der Stadt zusammenhing. Der Stabsabteilung für Integrationspolitik unter Gari Pavkovic gelang es, die Ämter, Schulen, Migrationsdienste, Migrationsvereine und den Gemeinderat in das Bündnis für Integration als eine Gesamtstrategie einzubinden und die Integrationspolitik insgesamt einen großen Schritt voranzubringen und dabei bundesweite Impulse auszusenden.

*Multinationalität auch als Chance begriffen*

Weit vorausschauend sagte Manfred Rommel bereits 1988: „Ich kann mir also durchaus vorstellen, dass es in einer Stadt wie Stuttgart im Jahr 2030 einen Anteil von Ausländern und ehemaligen Ausländern an der Bevölkerung von 30 Prozent und mehr geben kann. Und ich halte dies, wenn rechtzeitig die richtige Politik gemacht wird, nicht für ein Verhängnis. Ich glaube vielmehr, dass die Zukunft in Europa den multinationalen Großstädten gehört.“ (Rommel 1988, S. 264).

Ganz in dieser liberalen ausländerpolitischen Tradition Rommels mischte sich sein Amtsnachfolger Wolfgang Schuster im Januar 2008 in den hessischen Landtagswahlkampf ein. Schuster widersprach seinem Parteikollegen und hessischen Ministerpräsidenten Roland Koch, der mit einer Debatte über ausländische jugendliche Straftäter versuchte, Wählerstimmen einzufangen. Die Jugendkriminalität sei keine Frage des Passes, sondern der „sozialen Verwahrlosung“. „Das wichtigste ist die Prävention“, so Schuster. Seine Botschaft in Richtung Hessen lautete: „Es geht auch ohne Angstkampagne“.

Der Beitrag erscheint im Herbst 2008 in einem Sammelband im VS Verlag unter dem Titel: Frank Gesemann/Roland Roth (Hrsg.): Lokale Integrationspolitik in der Einwanderungsgesellschaft. Migration und Integration als Herausforderung von Kommunen.

*Autor:*  
*Prof. Dr. Karl-Heinz Meier-Braun*  
*Telefon: (0711) 929-3351*  
*E-Mail: karl-heinz.meier-braun@swr.de*

---

1 Prof. Dr. Karl-Heinz Meier-Braun ist Leiter der Fachredaktion „SWR International“ beim Südwestrundfunk in Stuttgart und Integrationsbeauftragter des Senders, Honorarprofessor für Politikwissenschaft an der Universität Tübingen, Experte zum Thema Migration, Buchautor, Wissenschaftler und Mitglied im Rat für Migration (RfM). Prof. Meier-Braun bot im Wintersemester 2007/2008 ein Hauptseminar zum Thema „Lokale Integrationspolitik am Beispiel der Landeshauptstadt Stuttgart“ am Institut für Politikwissenschaft der Universität Tübingen an.

## Literaturverzeichnis:

- Borgmann, Thomas (2007): 88 Prozent aller Bürger leben gerne in Stuttgart. Bürgerumfrage 2007 bringt neue Höchstwerte, aber auch Kritik am Straßenverkehr und am engen Wohnungsmarkt. In: Stuttgarter Zeitung, 11. August 2007.
- Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Hrsg.) (2007): Zuwanderung und Asyl in Deutschland. Herausforderungen und Perspektiven aus Sicht der deutschen Partner im europäischen Migrationsnetzwerk. Nürnberg.
- Bundesministerium des Innern (Hrsg.) (2001): Ein Bündnis für Integration. Grundlagen einer Integrationspolitik in der Landeshauptstadt Stuttgart. Berlin: Zeitbild Verlag GmbH.
- Casper, Sigfried/Dispan, Jürgen et.al. (2003): Strukturbericht Region Stuttgart 2003. Entwicklung von Wirtschaft und Beschäftigung. Schwerpunkt: Interregionalität. In: Verband Region Stuttgart et. al. (Hrsg.). Stuttgart/Tübingen: Institut für Angewandte Wirtschaftsforschung/IMU-Institut.
- Frech, Siegfried/Meier-Braun, Karl-Heinz (Hrsg.) (2007): Die offene Gesellschaft. Zuwanderung und Integration. Schwalbach/Ts.: Wochenschau-Verlag.
- Haußmann, Michael (2007): Ausländer und Einwohner mit Migrationshintergrund in Stuttgart. Zahlen und Fakten. Unveröffentlichtes Vortragsskript.
- Kabis, Veronika (2002): Kommunale Integrationspolitik. Lichter der multikulturellen Stadt. Stuttgart ist auf dem Weg zu einer modernen Integrationspolitik. In: Ausländer in Deutschland 3/2002. 18. Jg.
- Landeshauptstadt Stuttgart (Hrsg.) (1976): Bericht. Ausländische Einwohner in Stuttgart. Situation – Probleme – Ziele.
- Landeshauptstadt Stuttgart, Statistisches Amt (Hrsg.) (1983): Statistische Grundlagen für die Ausländerarbeit und Ausländerpolitik in Stuttgart. In: Statistischer Informationsdienst. Beiträge aus Statistik und Stadtforschung. Sonderheft 2. 1983.
- Landeshauptstadt Stuttgart, Ausländerbeauftragter (Hrsg.) (1988): Bericht über die Situation ausländischer Jugendlicher beim Übergang von der Hauptschule in einen betrieblichen Ausbildungsplatz.
- Landeshauptstadt Stuttgart, Statistisches Amt (Hrsg.) (1988): Ausländer 1988. Informationen über Staatsangehörigkeit und Wohndauer. In: Statistischer Informationsdienst. Beiträge aus Statistik und Stadtforschung Nr. 12. 1988.
- Landeshauptstadt Stuttgart, Stabsabteilung für Integrationspolitik (Hrsg.) (2001): Stuttgarter Bündnis für Integration – Grundlagen der Integrationspolitik in der Landeshauptstadt Stuttgart.
- Landeshauptstadt Stuttgart, Stabsabteilung Kommunikation und Stabsabteilung für Integrationspolitik (Hrsg.) (2003): Stuttgarter Integrationspolitik. Journalistenreise vom 23. bis 24. Juni 2003. In: Pressespiegel Stuttgart.
- Landeshauptstadt Stuttgart, Stabsabteilung für Integrationspolitik (Hrsg.) (2007): Stuttgarter Bündnis für Integration, Weiterentwicklung 2007.
- Landeshauptstadt Stuttgart (Hrsg.) (2007): Erste Ergebnisse der Bürgerumfrage 2007. In: Pressedienst.
- Lindemann, Utz (2005): Ausländer in Stuttgart 1955 bis 2005. Zum 50. Jahrestag des Beginns der Anwerbung ausländischer Arbeitnehmer. In: Statistik und Informationsmanagement. Monatsheft 12/2005.
- Lindemann, Utz (2005): Stuttgarter Einwohner mit Zuwanderungshintergrund. In: Statistik und Informationsmanagement. Monatsheft 2/2005.

- Lüken-Klaßen, Doris (2007): Wohnverhältnisse von Migranten in Stuttgart - Kommunale Maßnahmen und Politiken. In: Europäisches Forum für Migrationsstudien. Bamberg.
- Meier-Braun, Karl-Heinz (2003): Einwanderungsland Deutschland. Frankfurt: Edition Suhrkamp.
- Meier-Braun, Karl-Heinz/Weber, Reinhold (Hrsg.) (2005): Kulturelle Vielfalt. Baden-Württemberg als Einwanderungsland. Stuttgart: W. Kohlhammer GmbH in Verbindung mit der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg.
- Meier-Braun, Karl-Heinz (1985): Ausländer in Stuttgart. In: Ausländer in Deutschland 1985. 10.
- Meier-Braun, Karl-Heinz (2002): Gefangen im Medienghetto? Migranten in Deutschland. In: tendenz, Magazin für Funk und Fernsehen der Bayerischen Landeszentrale für neue Medien. Heft 1. 2002. 4-9.
- Pavkovic, Gari (2007): Erfolgreiches Integrationsmanagement heute. In: Dettling/Gerometta (Hrsg.): Vorteil Vielfalt. Herausforderungen und Perspektiven einer offenen Gesellschaft. Wiesbaden: VS Verlag.
- Pavkovic, Gari (2007): Das Stuttgarter Bündnis für Integration. In: Archiv. 3-2007. Parallelgesellschaften und interkulturelle Öffnung: Aktuelle Debatten um Migration und Integration. 112-118.
- Pavkovic, Gari (2006): Wir brauchen jedes Kind: Wie muss sich Bildung verändern, wenn jedes zweite Migrationshintergrund hat? In: Vortrag bei der Veranstaltung „5 Jahre Pisa: Die neue deutsche Bildungskatastrophe im (Zerr-)Spiegel der Medien“ am 14.09.06. Berlin.
- Plahuta, Simone (2007): Die Integration von Menschen mit Migrationshintergrund in städtische Arbeitsmärkte. Dargestellt am Beispiel der Stadt Stuttgart. In: Gaebe (Hrsg.): Wirtschaftsgeographie. Band 42. Berlin: LIT Verlag.
- Reschl, Richard/Rogg, Walter (2007): Wirtschaftliche Prosperität, demographischer Wandel und Migration. In: Der Bürger im Staat. Städtepolitik und Stadtentwicklung 3-2007. 137-147.
- Rommel, Manfred (1988): Ziel: Die europäische Stadt. Die Ausländerproblematik in unseren Großstädten. In: Die neue Ordnung 4-88.
- Schuleri-Hartje, Ulla-Kristina (2007): Soziale Segregation – Integrationsort Stadt. In: Der Bürger im Staat. Städtepolitik und Stadtentwicklung 3-2007. 159-167.
- Schönwälder, Karen/Söhn, Janina (2007): Siedlungsstrukturen von Migrantengruppen in Deutschland: Schwerpunkte der Ansiedlung und innerstädtische Konzentrationen. In: Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH. Berlin.
- Stadt Stuttgart: Gemeinderatsdrucksache Nr. 741/1977.
- Stuttgart Pressedienst. Presse- und Informationsamt der Landeshauptstadt Stuttgart (Hrsg.) (1993): Bemerkungen über Solingen und die Folgen von OB Rommel (7. Juni 1993). Stuttgart.